

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Kreishauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkantons Meißen.

Postleitzettel: Dresden 150.
Girofaz. Riesa Nr. 32.

N. 98.

Mittwoch, 28. April 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, für einen Monat 2 Mark zu Post zu senden durch Post. Für den Fall des Eintrittes von Produktionsstörungen, Schätzungen der Währungs- und Materialienpreise behalten wie uns das Recht der Preiserhöhung und Nachförderung vor. Angelegen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Schillinge; die 20 mm breite Stellamazette 100 Gold-Schillinge; gezeichnete und tausendfachige Tages 50%, Aufschlag. Weitere Zölle. Bevollmächtigter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Käufleger in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichttägige Unterhaltungsbeiträge, Erhöhung an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Steueranlagen oder der Verförderungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notarlesung und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Inzeigenstell: Wilhelm Winterlich, Riesa.

Einzug der Parlamentsgäste.

Die Herren Volksvertreter haben heute ihren Einzug in den Reichstag gehalten. Die Tagordnung der ersten Sitzung zeigte allerdings keine Punkte, die irgendeiner Aufregung wert gewesen wären. Aber man weiß, dass die Aufregung nicht ausbleiben wird. Denn sie ist zu einem ehemaligen Bestandteil eines nachrevolutionären parlamentarischen Systems geworden. Der Reichstag öffnete allerdings seine Pforten unter einem guten Gefühl. Seit langer Zeit ist über eine nicht unwichtige außenpolitische Tat der Reichsregierung einheitliche Zustimmung aller Parteien erzielt worden. Der auswärtige Ausschuss billigte einstimmig den Vertrag, den Deutschland mit Russland dieser Tage in Berlin festgesetzt. Man bedenke, einstimmig! So wohl der völkische Graf Resenow als auch Clara Zetkin waren zufrieden. Räheres hat man begreiflicherweise über die Sitzung des auswärtigen Ausschusses nicht erfahren. Man weiß jedoch, dass es den Kommunisten nicht allzu leicht wurde, eine Tat zu bejähnen, die man denkt, eine Bourgeoisie-Negierung gelan hat. Aber hinter den Kommunisten steht Moskau. Wenigstens eine Autorität, die sie anerkennen. Und die Weisung erging, den Schritt der Reichsregierung zu billigen. Man ist es auch wütend und widerwillig vielleicht. Aber man beugt sich der Moskauer Diktatur. Möglicherweise der Inhalt der Erklärung, die der Abgeordnete Stoeder dem auswärtigen Ausschuss zum Seiten gab: die Partei billigt den Vertrag, weil der Name eines Sovjetvertreters daruntersteht. Aber sie glaubt nicht an seine Haltbarkeit, da der andere Kontinent einer dieser verbündeten Bourgeoisie in. Ein Kontinent, der nach Ansicht der braven deutschen Kommunisten den Vertrag als einen gegen Papier behandelten wird, wenn er den Interessen einer so verabschweidungswürdigen kapitalistischen Wirtschaft nicht dienlich sein würde. Aber die Kommunisten haben natürlichlich ein Recht. Und da im Reichstag nicht über die Motive abgestimmt wird, sondern über Paragraphen, so haben wir jetzt einmal in Deutschland eine Einstimmigkeit, die an frühere bessere Zeiten gemahnt. Unser Außenminister wird sich diese seltsame Gelegenheit nicht entgehen lassen. Es sucht nach seiner Lösung, die kommen soll und kommen muß, wenn nicht Deutschland einer neuen, langwierigen Parlamentarkrise entgegen eilen soll. Die Verhandlungen über das Kompromiss sind in den letzten Tagen auch nicht um einen Schritt weitergekommen. Bis jetzt zeigt sich kein Ausweg, der den leidigen Streitfall zu einem befriedigenden Ende führen könnte. Berührend greift die Tatsache in die augenblickliche Situation ein, dass die Reichsregierung, wie uns aus durchaus sicherer Quelle versichert wird, sich mit dem Gedanken traut, zurückzutreten, wenn das Kompromiss durch die entsprechende Reichstagsmehrheit nicht zustande kommt. Es wäre verfehlt, diese Absichten der Reichsregierung als eine leere Warnung anzusehen. Sollte das Kompromiss wirklich zu Fall kommen, so würde hierdurch die Reichsregierung, die hinter dem Kompromiss steht, in eine Lage versetzt werden, die nur eine parlamentarische Lösung anlässt. Ob in diesem Augenblick eine Regierungskrise sehr gelegen kommt, diese Frage zu beantworten wird dem nicht schwer fallen, der weiß, wie außerordentlich gespannt zur Zeit die außenpolitischen Verhältnisse liegen. Man würde es doch im Interesse des deutschen Volkes begreifen können, wenn die einzelnen Parteien des Reichstages ihre Haltung den Gedankengängen des Kompromisses anpassen würden. Zumal die Frage der Fürstenabfindung ein Problem ist, das das deutsche Volk gewiss interessiert, aber doch nicht allzu tief in seine vitalen Lebensbedingungen eingreift.

Der Reichstagsalterspräsident 80 Jahre alt.
vbg. Berlin. Der Alterspräsident des Reichstages, der sozialdemokratische Abg. Bock-Göpp, feierte heute Mittwoch in voller geistiger und körperlicher Freiheit seinen 80. Geburtstag. Er gehört zu den Abgeordneten, die dem Parlament am längsten angehören. Mit kurzen Unterbrechungen ist er seit 1884, also seit 42 Jahren Mitglied des Reichstags. Er vertritt im Parlament den württembergischen Wahlkreis. In seiner Jugend hat er Ferdinand Lassalle noch persönlich gesehen. Schon in jungen Jahren schloss er sich dem sozialdemokratischen Partei an, in der er bald zu einer führenden Stellung brachte.

Der Reichskanzler an den Reichstagsabgeordneten Bock.
Berlin. (Funkspruch.) Reichskanzler Dr. Luther hat dem Reichstagsabgeordneten Bock zur Vollendung seines 80. Lebensjahrs seine herzlichsten Glückwünsche telegraphisch übermittelt.

Schweres Flugzeugunglück in Polen.

Tosio. (Funkspruch.) Nach einer Meldung aus Kaschau ist der 1800-Tonnen-Dampfer "Chishin-Mare" gestern während eines Sturmes bei Horomutho in den Donauflüssen gestrandet. 200 Personen werden vermisst.

Die Verhandlungen über die Fürstenabfindung vertagt.

Berlin. (Funkspruch.) Der Reichsausschuss des Reichstages, der sich mit dem Kompromissentwurf der Regierungsparteien über die Fürstenabfindung beschäftigte, legte seine Verhandlungen auf unbestimmte Zeit aus, nachdem die Redner aller Parteien erklärt hatten, dass die Verhandlung im Augenblick zwecklos sei.

Die Eröffnung des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers.

Berlin. Mit einem Begegnungsbabylon, der aus allen Teilen des Reichs besteht, nahm am Dienstagabend die diesjährige Tagung des Deutschen Industrie- und Handelstages ihren Anfang. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen heute Mittwoch im Reichswirtschaftsrat. Zu ihrem Beginn wird auch Reichskanzler Dr. Luther das Wort ergriffen. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Franz von Mendelssohn begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste, besonders den Reichskanzler Dr. Luther, sowie fast sämtliche Kabinettsmitglieder und den preußischen Ministerpräsidenten Braun.

Obwohl erwähnte namentlich der Hause Reichswirtschafts-

minister Dr. Curtius. Er legte seinen Ausführungen den Gedanken zu Grunde, dass vom Standpunkt Staatsbeamten der Gesinnung aus Wirtschaft und Staatsverwaltung nur verschiedene Funktionen eines gemeinsamen Ganzen seien. Die deutsche Wirtschaftspolitik müsse aus dem sozialistischen Zustand des Jahres 1923 heraus kommen und zunächst die Voraussetzung für die Erhaltung der Währung und das mit dem Staate und der Wirtschaft schaffen. Schon jetzt könne von der Reichsregierung gemeinsam mit der deutschen Wirtschaft wieder daran gearbeitet werden, die staatlichen Maßnahmen den Anforderungen der Wirtschaft anzupassen. Der Minister teilte ferner mit, dass das Reichswirtschaftsministerium im Einverständnis mit dem Reichskanzleramt dem Reichskabinett den Entwurf einer Verordnung über die Auflenkraftsteuerung des Devisenterminmarktes und des Verbotes des Devisenterminhandels vorgelegt habe, eine Maßnahme, die ein Marthein auf dem Wege zu Deutschlands Wiedergesundung sei. Sie bedeutete nicht weniger als den Ausbruch dafür, dass die Bedeutung der deutscher Währung heute über jeden Zweifel erhaben sei. Wir scheuen uns nicht, so fuhr der Minister fort, bei unserer Wirtschaftsförderung auch neue Wege zu gehen. Ohne Rücksicht auf die Theorie des Kapitalismus übernimmt das Reich zur Wiederherstellung der Exportindustrie und zur Erweiterung der Handelsbeziehungen nach Ausland zusammen mit den Ländern einen großen Teil des Risikos von Exportgeschäften im Ausmaß von 800 Millionen, einer Ausfallgarantie, die ihr Gegenstück in der Sicherung des Düngemittelbesitzes der Landwirtschaft gefunden hat. Auch die Exportkreditversicherung ist ein sicher neuer Weg. Die Hauptaufgabe der nächsten Zeit ist die Befreiung des Staates und der Wirtschaft von unproduktiver Arbeit und die Durchführung des Sparprogramms hier, der Nationalisierung dort. Die Errichtung einer Wirtschaftsform zieht immer weitere Kreise. Die Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden wird sorgfältig abgegrenzt und neu geordnet werden müssen. Die Tätigkeit der öffentlichen Körperstaaten wird auf das Maß des unbedingt notwendigen beschränkt. Erst die Voll durchführung des Umstellungsentwurfs wird die Errichtung des richtigen Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft ermöglichen. Die Seiten der sogenannten Staatswirtschaft sind vorüber. Die Rückbildung ist unaufhaltsam. Auf der anderen Seite wird sich der Staat nicht wieder dem Manchesterischen Ideal des reinen Rechtsstaates, des Nachwüchterstaates, annähern dürfen. Schrankenlose Freiheit der wirtschaftlichen Einzel- oder Gesellschaftsunternehmungen kann der Staat um seiner selbst willen nicht mehr dulden. Sie würde auch die Wirtschaft vernichten.

Der Trinkspruch des Ministers gipfelte in dem Wunsch, dass Staat und Wirtschaft gemeinsam den rechten Weg aus unserer Not herausfinden werden.

Programmrede des preußischen Landwirtschaftsministers.

Berlin. Bei der Verhandlung des Staats der landwirtschaftlichen Verwaltung im preußischen Landtag hielt gestern der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger eine Rede, in der er eingehend an der gegenwärtigen Notlage der Landwirtschaft Stellung nahm. Er erklärte, er habe seine erste Aufgabe darin, die Erzeugung auf der breitesten Grundlage zu fördern. Aus dem großen Kreis der wirtschaftspolitischen Aufgaben sei vor allem der Wiederaufbau des landwirtschaftlichen Kredits von größter Bedeutung. Die Realverwertung der Landwirtschaft habe sich gegenwärtig den Erwartungen vom Oktober vorigen Jahres um 4,4 auf 5 Milliarden erhöht. Ein wesentlicher Anteil an der Zunahme der Realverwertung liegt in der Aufwertungsbilanz, die 400 Millionen Mark höher sei als ursprünglich geschätzt war.

Der Minister fasste seine Ausführungen in die folgenden Grundfälle zusammen:

- Alle Kreditinstitute müssen Kreditsicherheit und Kreditwidrigkeit des Kreditnehmers sorgfältig prüfen und Kredite nur für wirtschaftliche Zwecke bereit stellen.
- Der Ausbau der Grundkreditinstitute müsse auf jede Weise gefordert werden.
- Die Sparkassen sollen sich wieder wie früher mehr dem Realcredit zuwenden.
- Das genossenschaftliche Kreditsystem ist weiter auszubauen. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die aus öffentlichen Mitteln stehenden Gelder nicht über Gebühre vertrieben werden.

Den dritten großen Aufgabenkreis sieht der Minister in der bürgerlichen Besiedelung, besonders in den dünn besiedelten Gegenden des Orients. Breuken habe in der Nachkriegszeit trotz der schwierigen Verhältnisse seine Aufgaben auf dem Gebiete der Siedlung erfüllt.

Untertrag des Sparverbundes auf Zulassung eines Volksbegehrens.

Berlin. Beim Reichsministerium des Innern ist gestern der Unterricht des Sparverbundes auf Zulassung eines Volksbegehrens für einen Gesetzentwurf über die Abdüssung öffentlicher Anleihen und die Umverwertung von Hypotheken und anderen Anprüchen eingegangen. Als Vertreter ist das Mitglied des Reichstages Dr. West bezeichnet.

Guthausstrafe im kleinen Spritprojekt.

Berlin. (Funkspruch.) In dem zweiten Spritprojekt, der seit 10 Tagen das Schöffengericht beschäftigt, wurde der Haftstrafe angeklagte Küding zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis und 224 000 Mark Geldstrafe, sein Sohn, der Kaufmann Weber, zu 5 Monaten Gefängnis und ebenfalls 224 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen den Soldaten Beder verhängt das Gericht 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 20 000 Mark Geldstrafe, im Reichsbetriebsfall ein weiteres Jahr Zuchthaus und 5 Jahre Ehevorfahrt. Der Soldaten Baudach, dem mildeartige Umstände zugestanden wurden, wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis sowie 140 000 Mark Geldstrafe verurteilt, im Reichsbetriebsfall zu einem weiteren Jahr Gefängnis.

Kademacher und Fröhlich beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Der Herr Reichspräsident empfing heute die Meisterschwimmer Kademacher und Fröhlich. Der Herr Reichspräsident ließ sich von den Schwimmern über ihre verschiedenen Wettkämpfe in Amerika berichten und überreichte jedem zum Schluss des Empfangs das Prachtwerk "Deutscher Sport" mit persönlicher handschriftlicher Widmung.

Schweres Flugzeugunglück in Polen.

Warschau. Gestern mittag ereignete sich hier anlässlich des Begräbnisses eines polnischen Fliegerobersten, der vor einigen Tagen bei einer Landung tödlich verunglückt war, ein großes und eigenartiges Flugzeugunglück. Als drei Heeresträgerzüge, die dem Obersten die letzte Ehre erweisen wollten, in einer Höhe von ungefähr 500 Metern in enger Formation den Trauerzug überliegen wollten, riss das mittlere Flugzeug mit den Tragflächen an das rechte Fliegen und stürzte dabei zum Absturz. Der Führer dieses Flugzeuges war sofort tot, der Beobachter wurde tödlich verwundet. Durch den Zusammenstoß kam aber auch das Flugzeugzusammen und schlug mit seinem linken Flügelzusammen, dessen Beobachter ins Folge dieses neuen Zusammenstoßes aus dem Apparat geschleudert wurde. Er wurde später tot in einem Garten, einen halben Meter tief in die Erde gebraben, aufgefunden. Die beiden Flugzeuge konnten, obwohl sie schwer beschädigt waren, notlanden.

Die Ursachen der beiden Grubenunglücke.

Dortmund und. (Funkspruch.) Das Überbergamt in Dortmund teilt mit: Die Untersuchung über die Ursachen der Explosion auf der Schachtanlage Graf Bismarck 2 bis 6 am 30. Januar und des Seilschaftunglücks auf der Schachtanlage Oberhausen 1 bis 2 am 25. März d. J.ührte zu dem Ergebnis, dass die Explosion, bei der 3 Bergleute schwer und 6 leicht verletzt worden sind, eine reine Schlagwetterexplosion gewesen ist, die dadurch verursacht wurde, dass einer der dort arbeitenden Peute verucht hat, seine erleuchtete Petroleumlampe in dem Schlagwettergang wieder zu entzünden, und das der Seilschaftunglück, bei dem 13 Bergleute getötet, 9 schwer und 21 leicht verletzt worden sind, durch ein Ueberreiben der Förderkörbe verursacht wurde.

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwade Riesa a. Elbe. Fernruf 40.